DIFIS Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

vernetzen · forschen · beraten

Gerechtigkeit und Sicherheit. Sozialstaat als basale Infrastruktur

Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Universität Duisburg Essen – Offen im Denken

IAQ

Universität Bremen

socium Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

FIS Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Viele Herausforderungen…..

Sozialpolitik steht unter erheblichem Druck:

- Demographischer Wandel
- Soziale Ungleichheit, stark steigende Vermögensungleichheit
- Fachkräftemangel
- Migration
- Wachstumsschwäche und Krise des exportorientierten Wirtschaftsmodells
- Neue Technologien mit branchenübergreifenden Wirkungen
- Sinkende Bindungskräfte – fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Mediale Kampagnen/Dominanz sozialstaatskritischer Medien
- Politische Polarisierung

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

… kaum koordinierte Antworten

- Sozialpolitik ist sehr breit, sehr kompliziert, oft sehr technisch, erfordert viel Einzelwissen
- Jedes einzelne Feld der Sozialpolitik versucht sich ‚durchzuwursteln', es wird an Einzelheiten mit höchster Energie gearbeitet, gestritten und gekämpft.
- Der Zusammenhang der Sozialpolitiken aus Sicht der Bürger*innen geht dabei verloren.



Die **Richtung** ist für den Gesamtzusammenhang und das Zusammenwirken der Sozialleistungen zu bestimmen

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Struktur des Vortrags

1. Zeitenwende – gleich dreifach
2. Spektrum der Entwicklungsmöglichkeiten
3. Die einzelnen Felder der Sozialpolitik
4. Wie weiter Sozialpolitik?

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

1. Zeitenwende – gleich dreifach

Gefördert durch:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Dreifache Zeitenwende

- Zeitenwende I: Rückkehr des Staatenkrieges in Europa
- Zeitenwende II: Der Aufstieg der Geoökonomie. Vom Weltfreihandelssystem zu (Straf-)Zöllen und bilateralen Freihandelsverträgen
- Zeitenwende III: Das Monopolspiel um die Vorherrschaft in der KI-Technologie
- Staaten verhalten sich nicht mehr nur als Unterstützer ‚ihrer' Unternehmen auf den Weltmärkten, sie sehen sich mit ‚ihren' Firmen als Akteur in einem offen imperialen Kampf um Wohlstand und Vorherrschaft, der mit militärischen, ökonomischen und technologischen Mitteln zugleich ausgetragen wird.

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Folgen der Zeitenwenden für die Sozialpolitik

- Konkurrenz um staatliche Finanzmittel zwischen Verteidigungs-, Wirtschafts-/Technologie- und Sozialpolitik
- Steigende Nicht-Akzeptanz hoher Sozialversicherungsbeiträge. Sozialpolitik als Sparoption der Unternehmen
- Anstieg der Spannungen zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Neupositionierung von Unternehmen und Unternehmensverbänden
- Anstieg der Spannungen zwischen CDU/CSU und SPD (und innerhalb der Parteien) durch ihre jeweilige Nähe zu Unternehmensverbänden und Gewerkschaften
- Der Streit um die Sozialpolitik in der Mitte stärkt aber die politische Polarisierung. Mediale Konfliktverschärfung
- Wandel der öffentlichen Meinung: Präferenz für machtbasiertes und auf Disruption zielendes Handeln

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Bisherige Trägergruppen der Sozialpolitik

Traditionelle Trägerkonstellation des Sozialstaates:

- Verbände: Institutionalisierte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden (Korporatismus, Tripartismus) und
- Parteien: Zusammenwirken (insbesondere des Arbeitnehmer*innenflügels) der CDU/CSU mit der SPD im Bundestag (Sozialstaatskoalition)

Erweiterte Trägerkonstellation des Sozialstaates:

- Erweiterung der Sozialstaatskoalition um sozialpolitisch moderate Kräfte bei den Grünen und in der Linken
- Stärkere politische Ausrichtung von Wohlfahrts- und Sozialverbänden
- Keine Pro-Sozialstaatswende bei der AfD

Zerbrechen dieser Trägerkonstellation u.a. durch Fehlen von Konsens bzw. einer Mehrheit in den Parlamenten

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

2. Spektrum der Entwicklungsmöglichkeiten

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung 0: „Sich Durchwursteln“ – Inkrementelle Politik

- Kleinteilige Reformen je nach Haushaltslage und spezifischen Mehrheitsverhältnissen im jeweiligen Teilbereich der Sozialpolitik
- Keine übergreifende Koordinierung der Sozialstaatsreformen, Fortsetzung der Fragmentierung
- Dauerkonflikt über jede einzelne Änderung bei den Sozialleistungen
- Kein „Narrativ“ zur Sozialstaatsentwicklung (wo will man hin?)
- Einfallstor für mediale Angriffe auf den Sozialstaat

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung I: Wohlfahrtschauvinismus

- Arbeitsmarktbezogene neoliberale Sozialpolitik, aber differenziert nach Staatsbürgerschaft
  - restriktive Grundsicherungspolitik als Anti-Migrationspolitik
  - restriktive Zuwanderungspolitik incl. „Remigrations“politiken

- Rein wahltaktisch motivierte expansive Programmangebote in der Sozialpolitik ansonsten Fortsetzung wirtschaftsliberaler Politik

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung II: Ökosozialpolitik

- Ansatzpunkt: Soziale Ungleichheit und die Folgen des Klimawandels wie der Klimapolitik
- Ausgleich sozial ungleicher Wirkungen der Sozialpolitik: Klimageld, aber Scheitern des Klimageldansatzes
- Ökosoziale Risiken und deren Bearbeitung durch die bekannten Sozialversicherungen und eine neu hinzutretende Ökosozialversicherung
- Grundlegende Orientierung der Sozialstaatlichkeit:

Zu wenig, Zuviel. Genug

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung III: Bedingungslose Sozialleistungen

- Befürwortung eines universellen bedingungslosen Grundeinkommens als basale staatliche soziale Sicherung
- Aufhebung etlicher staatlicher Sozialprogramme, Universalisierung, Transferzahlungen für alle in gleicher Höhe als **soziales Recht**
- Aufhebung der Orientierung an **Arbeitsmarktintegration** und Leistungsgerechtigkeit. Bedarfsgerechte Höhe des Grundeinkommens ohne Bedürftigkeitsprüfung
- Problem: Aufhebung **basaler Reziprozitätsannahmen**: Keine Gerechtigkeitsregeln für die Finanzierung des Grundeinkommens

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung IV: Armutsdrift

- Entscheidung darüber, ob man eher auf ein möglichst universelles Sozialversicherungssystem setzt, das die Mittelschichten einbezieht, oder sich auf die Armutsbekämpfung konzentriert mit einer Verbesserung der Grundsicherungselemente (aber immer mit Bedürftigkeitsprüfung)
    - Normalisierung bedürftigkeitsgeprüfter Grundsicherung bis weit in die Mittelschicht hinein
    - Hinnahme/Akzeptanz der Grundsicherung als eines auch dauerhaft viele Personen umfassenden Sozialleistungssystems

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Entwicklungsrichtung V: Arbeitsmarktzentrierte Sozialpolitik

- ‚Vollendete' Arbeitsgesellschaft als Zielmodell
- Marktliches Verständnis von Leistung und Leistungsgerechtigkeit
- Eher restriktive Grundsicherungspolitik ausgerichtet auf Arbeitsmarktintegration, aber auch Vermeidung der Armutsdrift
- Ausrichtung der Sozialpolitik auf Arbeitsmarktintegration, Wirtschaftsförderung und internationale Wettbewerbsfähigkeit
- Einschränkungen oder Expansion der Sozialleistungen je nach Konjunkturlage

Universität Duisburg Essen – Offen im Denken
IAQ
Universität Bremen
socium Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
FIS Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

3. Ausgewählte Felder der Sozialpolitik

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Bürgergeld/Grundsicherung

- Gesetz zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (im parl. Verfahren, Abschluss erwartet 3/26)
  - Namensänderung, keine grundlegenden Strukturveränderungen gegenüber Grundsicherung vor Einführung des Bürgergeldes
  - Vermittlungsvorrang
  - Sanktionsregime verschärft
  - Karenzzeit Vermögen wird abgeschafft und ersetzt durch altersgestaffelte Freibeträge
  - Keine finanziellen Einsparungen

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Grundsicherung und Sozialstaatskommission

- Fragmentierung, Zerstückelung, Unübersichtlichkeit, fehlende Digitalisierung
- Grundsicherungssystem zerfällt in viele einzelne bürokratisch aufwendige Systeme, die man als Systeme der
  - Grundsicherung I (SGB II, XI) und der
  - Grundsicherung II (Kinderzuschlag, Wohngeld, Bafög) bezeichnen kann
- Ergebnisse der Sozialstaatskommission
  - Kommission der Exekutive: Bund (8 Bundesministerien), Länder (5 Bundesländer) und Kommunen (3 Spitzenverbände), keine Wiss., keine Verbände, keine Parlamente/Parteien
  - Zielsetzung: Verringerung der Zahl der Grundsicherungssysteme durch ‚Fusion' von Kinderzuschlag und Wohngeld
  - Mögliche Ergebnisse: Antragslose Kindergeldauszahlung

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Rentenpolitik

- Rentenpaket 2025: Rentenniveaustabilisierung, Mütterrente III
- Aktivrentengesetz: Einführung eines Steuerfreibetrags bis maximal 2.000 Euro je Monat für sozialversicherungspflichtige Einnahmen aus nichtselbständiger Beschäftigung nach Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze.
- Altersvorsorgereformgesetz (im parl. Prozess): Produkte ohne Langlebigkeitsschutz; Zulage proportional zum Beitrag, Standardprodukt
- Frühstartrente (Eckpunkte: Altersvorsorgedepot für Kinder und Jugendliche; ab 2026 Geburtsjahrgang 2020)
- Alterssicherungskommission 2026 (Ergebnisse 6/7-2026; 2 Vorsitzende Janda/Weise; drei Vertreter*innen von CDU, CSU und SPD sowie 8 Wissenschaftler*innen)

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

4. Wie weiter Sozialpolitik?

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken
IAQ
Universität Bremen
socium Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
FIS Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Die Mühen einer Gesamtkonzeption

- Erhebliche Gefährdung der Sozialstaatskoalition durch ein manchmal ‚panisches' Verhalten bei Unternehmen und Mittelschichten. Aber auch jede Kürzung wird zum Sozialstaatsabbau hochstilisiert.
  - **Diskursive Abrüstung**: Dem ist dadurch entgegenzutreten, dass die reale Lage in klaren Worten ohne permanente, radikale Kritik der Totalinfragestellung öffentlich vertreten wird.
- Wege finden, die Sozialpartnerschaft und die Sozialstaatskoalition neu zu bestärken – das wird nur gehen bei neuen Überlegungen auch zur Finanzierung der Sozialpolitik.
  - Die kritische Lage sollte dazu führen, Sonderregelungen für einzelnen soziale Gruppen zu überwinden und eine **allgemeine und aufeinander abgestimmte integrierte Sozialpolitik** zu entwickeln.

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Ein Beispiel der Nicht-Integration

Bezugsgrößen monetärer Sozialleistungen und Einkommensteuern

- Ehe, rechtliche Fixierungen von Zusammenlebensformen
- Haushaltsgemeinschaft
- Bedarfsgemeinschaft
- Verwandtschaft
- Kindschaftsverhältnisse
- Individuen

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Eine Möglichkeit der Integration

Integriertes Sozialleistungs- und Steuersystem

- Einführung von Auszahlungen über das Steuersystem (negative Einkommensteuer), denkbar für die Bereiche
  - Wohnung
  - Kinder
  - Voraussetzung: Einkommensteuerpflichtigkeit aller

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Eine mögliche Hilfestellung: Politikberatung

- Zusammenführende Betrachtung (Analyse, Beurteilung, Empfehlungen) aller Bereiche der Sozialpolitik ist zusätzlich zu den bestehenden Gremien der Politikberatung erforderlich
- Denkbar: „Sachverständigenrat Sozialpolitik“
- Modus ähnlich wie bei Familienberichten: abwechselnd Gesamtbetrachtung und Schwerpunktsetzungen
- Oder auch zweistufige Beratung: Wissenschaftskammer und Verbändekammer

Jedenfalls: Nachdenken über Strukturen der Sozialpolitik insgesamt!

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages